

STREIT UM DAS VORZIEHEN DER STEUERREFORM

CDU/CSU

„Brutalst mögliche Blockierer“

Steuer-Reform
Herr Koch, gönnen Sie uns nicht mehr Geld?

Er ist der härteste Gegner von Kanzler Schröders Steuerreform: Roland Koch (CDU), Hessens Ministerpräsident. Was hat er gegen die Steuerreform? Das BILD-Verhör:

BILD: Herr Koch, warum gönnen Sie den Bürgern keine Steuersenkung?

Roland Koch: Das hat mit gönnen überhaupt nichts zu tun! Jeder wünscht sich niedrigere Steuern - ich im übrigen auch. Aber wir müssen dabei aufpassen, dass wir bei der Finanzierung nicht das verdrängen, wovon unsere Kinder leben müssen. Im Klartext: Keine neue Schulden...

BILD: Das sagt ein Ministerpräsident, der selbst gerade 2 Mrd. Euro zusätzlich gepumpt hat...

Koch: ja, aber das zeigt doch gerade, wie umso die Bundesfinanzminister rechnet. Sein Haushalt zwingt alle Länder - selbst Hessen, das mit am besten dasteht -, schon ohne Steuersenkung Schulden zu machen. Noch mehr ist beim besten Willen nicht zu verkraften.

BILD: Wie soll es denn dann funktionieren?

Koch: Wenn Schröder und Eichel jetzt Steuersenkungen wollen, müssen sie einen vernünftigen Finanzierungsanschlag machen und sich nicht nur mit dem BILD-Steuerorden schmecken lassen.

BILD: Aber der Streit geht doch nur um höhere Schulden für ein Jahr durch das Vorziehen der Reform 2005 auf 2004...

Koch: Ich bin der Meinung, dass es richtiger wäre, erst einmal die Reformen der Sozialsysteme auf den Weg zu bringen. Und ich hoffe sehr, dass wir im kommenden Jahr mit den Reformen soweit vorankommen, dass die Steuersenkung wie beschlossen 2005 in Kraft treten kann. Machen wir uns doch nichts vor. Die Finanzlage in Deutschland ist dramatisch. Bevor wir über Steuersenkungen reden können, müssen wir erst mal wissen, wie wir über die Kunden kommen...

BILD: Geraten Sie damit nicht zunehmend in eine Außenseiter-Rolle?

Koch: Wir sind uns in der Union im Prinzip völlig einig. Bevor wir uns auf solche finanzielle Totschenspieler-Tricks einlassen wie Schröder und Eichel sie jetzt planen, wollen wir den Bürgern ehrlich sagen: Lieber keine Steuerreform als eine auf Pump!

BILD: Aber Frau Merkel will ab 1. August mit der Regierung verhandeln. Kommt es zu einem neuen Machtkampf in der Union?

Koch: Es gibt in der CDU eine Parteipräsidentin, es gibt Ministerpräsidenten - aber eine Machtklage gibt es nicht! Jeder von uns erledigt seinen Job - und es ist doch klar, dass ich als Ministerpräsident zuerst das Wohl meines Landes im Auge haben muss. Das Gespräch führten Ute Brüssel und Ralf Klein

DAS BILD VERHÖR

Lehrt Steuersenkungen auf Pump ab: Hessens

Bild 18. Juli 2003

Deutsche erwarten Steuerreform schon 2004

Zwei Drittel aller Deutschen gehen nach einer Emnid-Umfrage im Auftrag des Nachrichtensenders n-tv davon aus, dass 2004 eine vorgezogene Steuerreform kommen wird. 67 Prozent der Befragten glauben, dass die Bundesregierung das Vorziehen durchsetzen wird.

Nach den Plänen der Bundesregierung beläuft sich die Nettoentlastung für Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft schon im nächsten Jahr – und nicht wie ursprünglich geplant erst 2005 – auf insgesamt rd. 21,5 Milliarden Euro. Bürgerinnen und Bürger zahlen ab 2004 zehn Prozent weniger an Einkommensteuer – ein Betrag, der zusätzlich für den Konsum zur Verfügung steht und der Wirtschaft weitere wichtige Wachstumsimpulse geben wird. Finanziert werden soll die vorgezogene Steuerreform mit einem Mix aus Subventionsabbau, Privatisierungserlösen und weiterer Kreditaufnahme. So erreichen wir, dass Geld nicht nur verschoben wird, sondern wirklich in die Portmonees der Steuerzahler zurück fließt.

Konfusion und Streit bei CDU/CSU

Für Konfusion und Streit haben die Pläne in der CDU/CSU gesorgt. Während die beiden Parteichefs Angela Merkel und Edmund Stoiber das Vorziehen der Steuerreform begrüßen, lehnen Hessens Ministerpräsident Roland Koch und der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Friedrich Merz die damit verbundene Aufnahme zusätzlicher Kredite strikt ab. Dabei hat gerade Roland Koch mit seiner jetzigen Position eine Wendung von 180 Grad vollzogen. So erklärte er noch im November 2001 im Hessischen Landtag: „*Ich habe immer gesagt: Steuerreform vorziehen, auch wenn es weitere Einnahmeausfälle bringt. ... In der Summe von zwei oder drei Jahren kostet den Staat die Wachstumsverhinderung mehr.*“ Weiter warnte er, wer die Steuerreform nicht vorziehe, „*der schadet der deutschen Wirtschaft, der schadet den Arbeitsplätzen, und der schadet unseren Steuern*“. (zit. nach Frankfurter Rundschau, 24. Juli 2003).

Pro Steuerreform 2004

Edmund Stoiber, CSU-Vorsitzender:

„*Es wäre falsch, jetzt der Regierung in den Arm zu fallen, nur weil sie die Regierung ist.*“
Süddeutsche Zeitung, 23. Juli 2003

Angela Merkel, CDU-Vorsitzende:

„*Wir sagen, genau wie andere auch, ‚ja‘ zu einem Vorziehen der Steuerreform.*“
Tagesthemen, 16. Juli 2003

Peter Rauen (MdB), Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT):

„*Es wäre ein fataler Fehler, wenn einzelne Taktiker in der Union behaupten, es gäbe keine seriöse Gegenfinanzierung für das Vorziehen der Steuerreform.*“
Pressemitteilung vom 22. Juli 2003

Contra Steuerreform 2004

Roland Koch, Ministerpräsident Hessen:

„*Lieber keine Steuerreform als eine auf Pump!*“
Bild, 18. Juli 2003

Friedrich Merz, stellv. Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

„*Zu diesem Bundeshaushalt wird die Unionsfraktion die Hand nicht reichen. Die Antwort ist nein. Wir werden diesem Bundeshaushalt und dieser Neuverschuldung nicht zustimmen.*“
Deutschlandfunk, 17. Juli 2003

Peter Müller, Ministerpräsident Saarland:

„*Die Vorstellung, mit dem bloßen Vorziehen einer Steuerreformstufe um ein Jahr einen Wachstumsschub auszulösen, ist illusorisch.*“
Focus, Nr. 30, 21. Juli 2003

Pro Steuerreform 2004

Dieter Althaus, MP Thüringen:

„Ich denke, dass wir im Blick haben müssen, was wir in den letzten Jahren als Union gefordert haben – Steuersenkungen –, und dass wir im letzten Jahr auch den Bundeskanzler aufgefordert haben, die Steuersenkung nicht aufzuschieben. Und wenn jetzt ein vernünftiges Konzept zur Finanzierung vorgelegt wird, kann ich nur raten, sollten wir zustimmen.“

Deutschlandfunk, 16. Juli 2003

Stoiber contra Koch

Besonders erbost über die Blockadehaltung des Hessen Roland Koch ist Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, der wenige Wochen vor den bayrischen Landtagswahlen steht und sich deshalb auf keinen Fall gegen eine vorgezogene Steuerreform stellen will. Auf dem CSU-Parteitag am 18./19. Juli kritisierte Stoiber Koch auf offener Bühne.

Edmund Stoiber auf die Frage von Tagesthemen-Moderatorin Anne Will, warum er Koch angegriffen habe:

„Ich hab doch den Kollegen Koch nicht angegriffen, sondern ich habe nur darauf hingewiesen, dass jeder Ministerpräsident natürlich seine eigenen Probleme in seinem eigenen Land hat und hab darauf hingewiesen, dass ... Roland Koch 2 Milliarden Neuverschuldung machen muss und dass Bayern zeigt, dass es auch anders geht.“

Tagesthemen, 19. Juli 2003

Hintergrund: Unter Roland Koch ist die Neuverschuldung 2002 „für das steuerstarke Hessen auf den beunruhigenden Nachkriegsrekord von zwei Milliarden Euro – zweieinhalbmal mehr als die Landesverfassung erlaubt –“ gestiegen. „Und als andere Bundesländer längst voll auf die Kostenbremse traten, steigerte die Koch-Regierung ihre Ausgaben weiter: Um gut 300 Millionen Euro im laufenden Jahr.“
(Frankfurter Rundschau, 24. Juli 2003)

Streit führt zu Irritationen

In der CDU/CSU selbst ist der Streit um das Vorziehen der Steuerreform nicht ohne Widerhall geblieben. Die meisten Reaktionen signalisieren Ratlosigkeit.

Bernd Neumann, CDU-Landeschef in Bremen,

„mahnt die Union zu Geschlossenheit in der Debatte über ein Vorziehen der Steuerreform. Es gehe hier um eine ‚Stilfrage‘, sagte Neumann ... der Nachrichtenagentur ddp. Zwar werde niemand gezwungen, seine Meinung zu ändern. Es sollte aber in der Öffentlichkeit nicht permanent der Parteilinie widersprochen werden“.

ddp, 22. Juli 2003

Hildegard Müller (MdB), CDU-Präsidiumsmitglied:

„Man muss das leider sehen, dass der eine ‚ja aber‘ und der andere ‚nein aber‘ sagt, dass dies in der Öffentlichkeit sofort zu großen Irritationen führt. Da müssen wir die Kommunikation in der Zukunft sicherlich verbessern.“

Deutschlandfunk 08. Juli 2003

Volker Kauder, parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion bringt das Ganze auf den Punkt:

„Wir haben unterschiedliche Aussagen. Das ist richtig.“

Deutschlandfunk, 03. Juli 2003

Machtfrage in CDU/CSU weiter ungelöst

Hintergrund der neuen Auseinandersetzung ist wiederum die nicht gelöste Machtfrage in der Union – die Frage, wer die Kanzlerkandidatur 2006 übernimmt: Das Gerangel um die günstigste Ausgangsposition – im Rennen vor allem Angela Merkel und Roland Koch – hat begonnen.

Christoph Böhr, stellvertretender CDU-Vorsitzender,

„sagte der Ludwigshafener Tageszeitung ‚Rheinpfalz‘ niemand sei jemals als Kanzlerkandidat geboren worden. ‚Das steht in keiner Geburtsurkunde. Selbst nicht in der von Angela Merkel. ... Kandidat wird man nicht durch Geburt, sondern man wird es durch Wahl.‘“

ddp, 24. Juli 2003

Hans Spitzner, Wirtschaftsstaatssekretär Bayern:

„Herr Koch sollte immer an eines denken: Wenn er Kanzler werden will, geht das nur mit der CSU“

Focus, Nr. 29, 14. Juli 2003

Kommentare zum Streit in der CDU/CSU

n-tv, 16. Juli 2003

„Vor wem der Kanzler auch immer Furcht haben muss, die Union ist es nicht. In ihren Reihen herrscht der Zustand, den ... der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates jetzt als ‚Meinungsdesaster‘ diagnostiziert hat. Jeder macht, was er will, keiner macht, was er soll, aber alle machen mit.“

Berliner Zeitung, 14. Juli 2003

„Die Opposition, eigentlich mächtig, ist schwach. Sie ist inhaltlich schwach, weil sie kein klares Konzept zur Finanz- und Sozialpolitik hat. Aber sie ist vor allem schwach, weil sie – wie seit Jahren – in Machtkämpfe verstrickt ist. Der Führungsstreit zwischen Angela Merkel und Roland Koch hatte während des Wahlkampfes und danach eine Auszeit. Jetzt lähmt er erneut die Union und lässt sie in uneinheitlichem Bild erscheinen.“

Tagesspiegel 22. Juli 2003

„Der Autoritätsverfall der Führung beim Gegner (ist) einstweilen Realität. Wer kann schon wissen, ob sich dort Merkel und Stoiber oder Koch, Müller und Wulff durchsetzen werden.“

Financial Times Deutschland, 20. Juli 2003:

„Mit dem Versuch, sich als der große Gegenspieler des Kanzlers zu inszenieren, ist der hessische Ministerpräsident Koch vorerst auf die Nase gefallen. Seine erneute Drohung, das Vorziehen der Steuerreform wegen zu hoher Neuverschuldung im Bundesrat scheitern zu lassen, findet in CDU und CSU praktisch keine Unterstützung. Koch hat im Poker um die beste Ausgangsposition für die Kanzlerkandidatur 2006 für dieses Mal klar überreizt.“

Münchener Merkur, 14. Juli 2003:

„Roland Koch hat geschafft, was viele für undenkbar hielten: Der konservative CSU-Chef Stoiber und die liberale CDU-Vorsitzende Merkel sind auch abseits Wolfratshauser Frühstücks-Folklore Verbündete geworden. Dumm nur, dass sie sich ausgerechnet gegen ihn verbündet haben. Beide Parteichefs sind es leid, von Koch mit Genuss öffentlich bloßgestellt zu werden.“

Bundeskanzler Gerhard Schröder:

„Ich habe die Bitte an die Opposition, wenn sie etwas auszusetzen hat, eigene Vorschläge zu machen. Dann werden wir darüber reden. Aber über Schweigen seitens der Opposition ist schlecht zu verhandeln.“

Tagesschau 18.07.03

Das Wichtige tun.

The SPD logo consists of a solid red square with the letters "SPD" in white, bold, sans-serif font centered within it.

SPD